

Antrag

der Abg. Dr. Gisela Splett u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Menschenrechtsverletzungen in China verurteilen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie die Schilderungen von Menschenrechtsorganisationen über massive Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere in den Laogai-Arbeitslagern beurteilt;
2. welche Erkenntnisse sie zur Lage der Menschenrechte und zur Existenz von Laogai-Lagern (Zahl der Lager, Zahl der dort inhaftierten Personen) in den beiden Partnerregionen Baden-Württembergs in China Jiangsu und Liaoning hat;
3. in welcher Form sie ihre vielfältigen Kontakte nach China nutzt, um auf eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und die Schließung der Laogai-Einrichtungen zu drängen und welche weitergehenden Maßnahmen sie darüber hinaus für zielführend hält;
4. ob es in Baden-Württemberg seit 2000 zu Abschiebungen von chinesischen Staatsbürgern gekommen ist und wenn ja, ob die Landesregierung garantieren kann, dass sie in China ohne staatliche Verfolgung leben;
5. was sie unternimmt um sicherzustellen, dass im Rahmen von Kooperationsprojekten mit China nicht mit Partnern zusammengearbeitet wird, hinter denen sich Laogai-Einrichtungen verbergen oder die mit diesen in Zusammenhang stehen;

6. was sie in der Vergangenheit unternommen hat bzw. künftig zu unternehmen gedenkt um sicherzustellen, dass das Land keine in Laogai-Lagern hergestellten Produkte importiert oder verwendet.

21. 06. 2007

Dr. Splett, Kretschmann, Lösch, Dr. Murschel, Walter GRÜNE

Begründung

Immer wieder erreichen uns schockierende Meldungen über Menschenrechtsverletzungen in China. Berichtet wird von chinesischen Todeslagern, sogenannten Laogai-Lagern.

Dort werden politische Dissidenten ebenso drangsaliert wie Menschen, die wegen allgemeiner, nicht selten auch kleiner Delikte verurteilt sind. Betroffen sind aber auch Angehörige ethnischer Minderheiten wie Tibeter, Mongolen und Uiguren sowie Angehörige religiöser Minderheiten, unter anderem auch Falun-Gong-Anhänger.

In über 1 000 Gefängnissen, Arbeitslagern und angeblichen psychiatrischen Kliniken werden Andersdenkende ohne rechtsstaatliches Verfahren inhaftiert und „politisch umerzogen“. Die Zahl der Inhaftierten beträgt nach offiziellen Angaben 200 000. Nichtregierungsorganisationen gehen jedoch von einer weit höheren Zahl aus.

Neben politischer Gehirnwäsche werden die Gefangenen zu harter unentgeltlicher Arbeit gezwungen, bis zu 16 Stunden täglich, 7 Tage die Woche, bei nur 3 bis 4 Feiertagen im Jahr. Die Arbeit wird von den Häftlingen, zu denen auch Minderjährige zählen, in Fabriken, Landwirtschaftsbetrieben und Minen verrichtet. Neben dem Verstoß gegen das Verbot der Zwangsarbeit kommt es dabei auch systematisch zum Verstoß gegen das Verbot der Kinderarbeit. Die Haft- und Arbeitsbedingungen sind dramatisch.

Die Häftlinge werden auf unterschiedlichste Art gefoltert. Ihr Tod infolge von Unterernährung, Überarbeitung, Erschöpfung und Folter wird billigend in Kauf genommen. Zudem herrscht eine hohe Selbstmordrate unter den Häftlingen.

Berichtet wird auch über illegalen Organhandel und illegale Organentnahmen bei Menschen, die hingerichtet wurden oder hingerichtet werden sollen.

Der Bundestag verabschiedete vor diesem Hintergrund am 10. Mai 2007 eine Resolution, in der das System der Laogai-Arbeitslager in China scharf verurteilt wird.

Das Land Baden-Württemberg pflegt vielfältige Kontakte mit China. Seit 1986 unterhält Baden-Württemberg offizielle Partnerschaften zu den beiden Provinzen Jiangsu und Liaoning. Laut Drucksache 14/1055 bestehen politische Kontakte mit den beiden Provinzen in verschiedenen Bereichen, wie Hochschulkooperation, justizielle Zusammenarbeit, insbesondere aber auch auf dem Gebiet des Polizei- und Strafvollzugs, der Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Rechtsgestaltung.

Die Landesregierung ist gefordert, die Menschenrechtsfrage zum dauerhaften Thema im Dialog mit den chinesischen Partnerregionen und Kooperationspartnern in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zu machen, die Achtung der Menschenrechte einzufordern und auch in Baden-Württemberg selbst, insbesondere bei ihren Außenwirtschaftsaktivitäten, engagiert auf die Problematik hinzuweisen.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 26. Juli 2007 Nr. V-0147.China nimmt das Staatsministerium in Abstimmung mit dem Innenministerium und dem Wirtschaftsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu 1.: wie sie die Schilderungen von Menschenrechtsorganisationen über massive Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere in den Laogai-Arbeitslagern beurteilt;

Die Landesregierung sieht sich in der Beurteilung der Laogai-Arbeitslager in der Volksrepublik China in einer Linie mit dem für die Außenpolitik zuständigen Bund.

Der Deutsche Bundestag hat am 10. Mai 2007 dazu einen interfraktionellen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 16/4559) behandelt. Dabei wurde das System der Laogai-Lager in der VR China mit Folter, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen durch psychische Unterdrückung nachdrücklich fraktionsübergreifend verurteilt und die Bundesregierung zu weiteren Schritten aufgefordert. Die Bundesregierung hat die Zustände in den Laogai-Lagern zum Gegenstand von politischen Gesprächen mit der chinesischen Führung gemacht und thematisiert sie im Rahmen des förmlichen Deutsch-Chinesischen Menschenrechtsdialogs.

Die Landesregierung teilt die Auffassung der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages in dieser Frage.

Menschenrechtsfragen werden bei offiziellen politischen Gesprächen mit politischen Repräsentanten der VR China von baden-württembergischen Regierungsmitgliedern in der Regel thematisiert, vor allem, wenn den Mitgliedern der Landesregierung konkrete Fälle bekannt werden.

Zu 2.: welche Erkenntnisse sie zur Lage der Menschenrechte und zur Existenz von Laogai-Lagern (Zahl der Lager, Zahl der dort inhaftierten Personen) in den beiden Partnerregionen Baden-Württembergs in China Jiangsu und Liaoning hat;

Die Landesregierung hat hierüber keine eigenen Erkenntnisse. Nach o. g. Antrag des Deutschen Bundestages beträgt die Zahl der Inhaftierten nach offiziellen Angaben 200.000, wobei Nichtregierungsinstitutionen von einer weit aus höheren Zahl ausgehen. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, die VR China um die Freigabe von Informationen über das Laogai-System zu ersuchen, einschließlich der exakten Zahl der Lager, deren genauer Lage und der Zahl der dort inhaftierten Personen.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Zu 3.: in welcher Form sie ihre vielfältigen Kontakte nach China nutzt, um auf eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und die Schließung der Laogai-Einrichtungen zu drängen und welche weitergehenden Maßnahmen sie darüber hinaus für zielführend hält;

Im Rahmen der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit des Landes mit den Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu unterstützt die Landesregierung eine nachhaltige positive Entwicklung in China und vertritt die Auffassung, dass als Folge erfolgreicher Globalisierungsprozesse die freie Entwicklung der chinesischen Unternehmen gestärkt wird, hoch qualifizierte Arbeitsplätze entstehen, der gesellschaftliche Wohlstand steigt und immer mehr chinesische Bürger Zugang zu höherer Bildung finden. Diese Entwicklung in der VR China führt unweigerlich zu einer Schärfung des Bewusstseins der Gesellschaft auch zu kritischen Fragen des Regierungshandelns.

Die am Rande verschiedener Treffen inoffiziell von baden-württembergischer Seite angesprochene Frage nach Menschenrechtsverletzungen wurde von den chinesischen Gesprächspartnern für ihre Provinzen verneint.

Im Übrigen bleibt festzuhalten, dass die Frage von Menschenrechtsverletzungen im internationalen Bereich im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung bzw. der EU-Kommission liegt. Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages plant im Herbst dieses Jahres eine Reise in die VR China, wo er auch dieses Thema diskutieren will.

Der EU-Menschenrechtsdialog, der seit 1995 zweimal jährlich stattfindet, ist ein essentieller Bestandteil der Beziehungen zwischen der EU und China. Auch die Laogai-Lager gehören zu den ständigen Dialogpunkten zwischen der EU und der Volksrepublik.

Baden-württembergische Unternehmen, die Kooperationen mit chinesischen Unternehmen eingehen, haben die Möglichkeit, sich freiwillig zu verpflichten, Menschenrechtsstandards einzuhalten (Corporate Social Responsibility – CSR). Die Landesregierung unterhält ein Verbindungsbüro in Nanjing, das baden-württembergische Unternehmen auch in dieser Hinsicht berät und betreut.

Zu 4.: ob es in Baden-Württemberg seit 2000 zu Abschiebungen von chinesischen Staatsbürgern gekommen ist und wenn ja, ob die Landesregierung garantieren kann, dass sie in China ohne staatliche Verfolgung leben;

In Baden-Württemberg wurden seit dem Jahr 2000 bis einschließlich Mai 2007 insgesamt 209 chinesische Staatsangehörige abgeschoben; hiervon waren 159 Personen abgelehnte Asylbewerber.

Die Entscheidung über das Vorliegen politischer Verfolgung – auch im Sinne des § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes – ist beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konzentriert. Die Ausländerbehörden des Landes sind an die Entscheidungen des Bundesamts gebunden. Das Land hat insoweit keine Prüfungs- und Entscheidungskompetenz.

Zu 5.: was sie unternimmt um sicherzustellen, dass im Rahmen von Kooperationsprojekten mit China nicht mit Partnern zusammengearbeitet wird, hinter denen sich Laogai-Einrichtungen verbergen oder die mit diesen in Zusammenhang stehen;

Die Landesregierung unterhält partnerschaftliche Beziehungen insbesondere mit den Regierungen der Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu. Die Zusammenarbeit, die schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Unternehmenszusammenarbeit stattfindet, ist sehr intensiv. Um Projekte zu erarbeiten und zur Realisierung zu bringen, treffen sich Gemischte Arbeitsgruppen mit Vertretern der Provinzregierungen mindestens einmal jährlich. Im Oktober dieses Jahres werden die 18. Sitzung in Liaoning und die 17. Sitzung in Jiangsu unter Leitung von Herrn Wirtschaftsminister Ernst Pfister abgehalten.

Die Landesregierung hat weder Kenntnisse noch Anhaltspunkte dafür, dass die zuständigen Stellen der Provinzregierungen, die in den Gemischten Arbeitsgruppen vertreten sind oder bei gemeinsamen Projekten zusammenarbeiten, Verbindung mit Laogai-Einrichtungen haben. Sie hat keine Möglichkeit, auf baden-württembergische Unternehmen bei der Auswahl ihrer Geschäftspartner entsprechend einzuwirken.

Im Übrigen verweist die Landesregierung in diesem Zusammenhang auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag (Drucksache 16/2896) und die dort beschriebenen Eingriffsmöglichkeiten auf Bundesebene, die Möglichkeiten der freiwilligen Verpflichtungen der Unternehmen im Rahmen der Corporate Social Responsibility (CSR) und die unterstützenden Aktivitäten der Bundesregierung.

Die Landesregierung sieht darüber hinaus keine weiteren Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene. Gemäß Art. 133 EG-Vertrag fallen Fragen des Außenhandels in die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft.

Zu 6.: was sie in der Vergangenheit unternommen hat bzw. künftig zu unternehmen gedenk um sicherzustellen, dass das Land keine in Laogai-Lagern hergestellten Produkte importiert oder verwendet.

Siehe die Antwort auf Frage 5.

Stächele

Minister für den Geschäftsbereich
des Staatsministeriums und
für europäische Angelegenheiten